

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) der PaySelect GmbH

§ 1 Geltungsbereich

1. Diese AGB gelten für alle Rechtsgeschäfte zwischen der PaySelect GmbH, Friedrich-Ebert-Anlage 35-37, Tower 185, 60327 Frankfurt am Main (im Folgenden: PaySelect) und ihren Kunden.
2. Die vorliegenden AGB gelten für alle zwischen den Parteien geschlossenen Verträge, auch wenn in diesen nicht ausdrücklich auf die AGB Bezug genommen wird. Abweichende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden gelten nicht, auch wenn PaySelect ihnen nicht ausdrücklich widerspricht. Individuelle Sondervereinbarungen gehen diesen AGB vor; dies gilt nicht für vorformulierte Vertragsbedingungen des Kunden.

§ 2 Vermittlungstätigkeit

1. PaySelect versteht sich nicht als Bank, Kreditorganisation, kreditgebendes Unternehmen oder ähnliches. PaySelect wickelt keine Geldgeschäfte ab und erbringt keine Finanzdienstleistungen im Sinne des Kreditwesensgesetzes.
2. Die Aktivitäten der PaySelect stellen reine Vermittlungstätigkeiten dar, d. h. PaySelect vermittelt lediglich den Abschluss von Verträgen zwischen ihren Kunden und ihren Partnern.

§ 3 Vertragsschluss

1. Sofern nicht anders gekennzeichnet, sind Angebote von PaySelect unverbindlich. Mit der Präsentation der Leistungen und der Einräumung der Möglichkeit zur Bestellung ist noch kein verbindliches Angebot verbunden.
2. PaySelect vermittelt die Leistungen ihrer Mastercard-Partner an den Kunden und übermittelt die Daten der Kunden an die dafür berechtigten Stellen weiter und fungiert als Vermittler zwischen Kunde und der lizenzierten Ausgabestelle. Erst Ihre Bestellung an einen unserer Mastercard-Partner stellt ein Angebot zum Abschluss eines Vertrages dar.
3. Nach Bestellung bei PaySelect, wird dem Kunden ein möglicher Leistungsvorschlag eines der Mastercard-Partner von PaySelect sowie entsprechende Vertragsbedingungen an die vom Kunden angegebene E-Mail-Adresse gesendet.
4. Insoweit die Vertragsbedingungen von den bei PaySelect angegebenen Konditionen abweichen, bestätigt der Kunde diese nochmals gegenüber PaySelect.
5. Nach Prüfung der Anfrage bei Mastercard-Partnern von PaySelect erhält der Kunde sodann eine Bestellbestätigung oder Ablehnung der Bestellung. Erst die Bestellbestätigung stellt die Annahme des Vertragsangebotes dar.

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angaben von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns

PaySelect GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
Tower 185
60327 Frankfurt am Main
Tel: 069 348 73 76 0
E-Mail: widerruf@payselect.de

Mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, dass jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrages bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrages unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

§ 4 Mitwirkungspflicht des Kunden/ Ident-Verfahren

Vor Erhalt der MasterCard ist der Kunde verpflichtet, seine Identität mittels eines Video-Identifikationsverfahrens nachzuweisen. Vorher ist PaySelect bzw. die MasterCard-Partner von PaySelect nicht dazu verpflichtet, die MasterCard zu übersenden. Insoweit der Kunde nach Vertragsabschluss nicht das Video-Ident-Verfahren durchführt, hat er auch keinen Anspruch auf Rückzahlung der entstandenen Gebühren.

§ 5 Preise und Gebühren

1. Die angegebenen Preise sind Endpreise. Umsatzsteuer fällt auf den angegebenen Preis nicht an, da es sich bei den Leistungen um umsatzsteuerbefreite Finanzdienstleistungen handelt.
2. Es gilt der Betrag, der jeweils zum Zeitpunkt der verbindlichen Bestellung ausgewiesen ist. PaySelect weist darauf hin, dass PaySelect vom Kartenanbieter eine Provision erhält.
3. Für im Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung erbrachten Leistungen, sofern diese Leistungen vom Kunden zurechenbar veranlasst sind und nicht von PaySelect von Gesetzes wegen oder aufgrund einer vertraglichen Nebenpflicht erbracht werden müssen, berechnet PaySelect dem Kunden angemessene Gebühren, die sich aus dem jeweils zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme gültigen Preis- und Leistungsverzeichnis ergeben.

§ 6 Liefer- und Zahlungsbedingungen

1. Der Versand der PaySelect PrePaid-MasterCard wird innerhalb von 3 Werktagen nach vollständigem Zahlungseingang (Ausgabegebühr, Servicegebühr und erste Jahresgebühr) veranlasst.
2. Die Zahlungen müssen unbar per Überweisung geleistet werden. PaySelect gibt unverzüglich nach Eingang der Bestellung dem Kunden die Bankverbindung bekannt.

§ 7 Leistungsgegenstand Finanzierungen

1. PaySelect bietet auf Wunsch eine kostenfreie Finanzierungsprüfung an. Der Kunde erhält Zugang zu einem Formular eines externen Vertragspartners von PaySelect. Mit diesem Formular kann der Kunde eine Kreditanfrage stellen.
2. PaySelect gewährt selbst keine Kredite und tritt lediglich als Vermittler von Krediten auf. PaySelect ist nicht an der Leistungserbringung beteiligt und schuldet dem Interessenten keinen Erfolg. Ob und zu welchen Bedingungen ein Kreditvertrag zustande kommt, ist ausschließlich eine Entscheidung der Bank und des Kreditinteressenten. Ebenso übernimmt PaySelect keinerlei Gewähr für den Erhalt einer angebotenen Kreditkondition, da ggf. die Banken ein individuelles, auf der Bonität des Kreditinteressenten basierendes Angebot unterbreiten.

3. Im Falle einer Kreditgewährung kommt ein Kreditvertrag ausschließlich zwischen dem Kreditinteressenten und der Bank zustande. Im Rahmen eines solchen Vertragsverhältnisses gelten die jeweiligen Vertragsbedingungen und die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der jeweiligen Bank, welche dem Kunden zusätzlich übermittelt werden.

§ 8 Vorvertragliche Information nach Art. 247 §13 BGBEG

1. PaySelect ist nicht für einen oder mehrere bestimmte Darlehensgeber, sondern als unabhängiger Vermittler tätig.
2. Für die Vermittlung von Darlehen erhält PaySelect von den Darlehensgebern eine Provision in der Bandbreite von 0 % bis 5 % im Bereich Privatkredit/ Konsumentenkredit und sonstigen Kreditarten. Die Provisionshöhe variiert in Abhängigkeit vom Darlehensgeber, Finanzierungsprodukt, Konditionen, Art und Umfang.
3. Eventuelle Provisionen, die PaySelect erhält, resultieren aus Zinszahlungen, Prämien oder ggf. anfallenden Abschlussgebühren, die dem Auftraggeber vom Kreditinstitut in Rechnung gestellt werden. Dies bedeutet, dass die Dienstleistung der PaySelect durch die laufenden Raten oder Gebühren bezahlt wird. Möglicherweise kann vom Kreditinstitut aufgrund bestimmter Umsatz- und Qualitätsvorgaben eine Bonuszahlung an PaySelect erfolgen, welche aber zum heutigen Zeitpunkt noch nicht feststeht. Die genannten Gebühren sind nicht laufzeitabhängig und werden bei vorzeitiger Rückzahlung des vermittelten Darlehens nicht, auch nicht anteilig, zurückerstattet.
4. Eine weitere Vermittlungsprovision oder Nebenentgelte sind vom Auftraggeber nicht zu zahlen, außer sie werden im Darlehensvermittlungsvertrag gesondert vereinbart.

§ 9 Schlussbestimmungen, anwendbares Recht

1. Es gilt deutsches Recht
2. Die Vertragssprache ist deutsch.
3. Bei Abweichungen zu den Fassungen in anderen Sprachen ist ausschließlich der deutsche Text zu berücksichtigen.
4. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten ist Frankfurt am Main. Dies gilt nur, wenn der Kunde Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist oder keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland hat.
5. Die europäische Kommission stellt eine Plattform zur Online-Streitbelegung (OS) zur Verfügung, die Sie unter dieser Adresse finden: <http://ec.europa.eu/consumers/odr/>. Zur Teilnahme an einem Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle ist PaySelect nicht verpflichtet und auch nicht bereit.